



Foto: Canva Stock

Neue Grundsteuer sorgt für Verwirrung

Alle Eigentümer von bebauten und unbebauten Grundstücken, von Eigentumswohnungen sowie von land- oder forstwirtschaftlichen Betrieben sind verpflichtet bis 31. Januar 2023 eine Grundsteuererklärung beim zuständigen Finanzamt einzureichen in dem Angaben etwa zu Grundstücksgröße, Wohn- und Nutzfläche sowie Baujahr eines Gebäudes enthalten sein müssen. Auf Druck der CDU-Fraktion Berlin wurde die Frist von zunächst 31. Oktober 2022 auf Ende Januar 2023 verlängert. Der neue Grundsteuerbescheid gilt ab 01.01.2025 dann für jeweils sieben Jahre. Mit einem Antrag im Abgeordnetenhaus forderten wir zuletzt die betroffenen Eigentümer endlich schriftlich über die Verpflichtung zur Abgabe der Erklärung zu informieren. Die Schreiben sollen neben einer allgemeinverständlichen Erläuterung auch alle zur Abgabe der Erklärung erforderlichen Angaben enthalten, soweit sie den Ämtern bereits bekannt sind. Die dafür notwendigen Formulare sollen auf der Internetseite der Senatsverwaltung für Finanzen zum Download bereitgestellt werden. Eine analoge Übermittlung der Grundsteuererklärung

soll unkompliziert ermöglicht werden. So können Daten bislang nur über das nutzerunfreundliche - und chronisch überlastete - ELSTER-Portal übermittelt werden. Eine analoge Einreichung ist nur in begründeten Ausnahmefällen gestattet und mit einem Termin beim Finanzamt verbunden.

In einem weiteren Antrag fordern wir außerdem, gestaffelte Abschläge bei der Steuermesszahl anzuwenden. Ähnlich wie bei der Einkommenssteuer würden Eigentümer mit einem geringeren Vermögen dann durch einen Freibetrag entlastet. Dadurch soll es bei Grundstücken im Osten Berlins zu keinen Mehrbelastungen kommen. Zudem sind in dem Gesetzesantrag eine Härtefallregelung sowie das Einfrieren des Steueraufkommens auf den Wert des Jahres 2024 vorgesehen.

Brauchen Sie Hilfe? Sprechen Sie uns an.



Titelbild Positionspaper "Faires Wohnen für alle" (Bild: CDU-Fraktion Berlin)

FAIRES WOHNEN FÜR ALLE

Positionspaper der
CDU-Fraktion Berlin

15. Oktober 2022

"Neubau kann nur mit Meter-
schutz zu einer nachhaltigen
Entlastung des Wohnung-
smarktes beitragen"

-Dirk Stettner

Wohnen neu denken

Der rot-grün-rote Senat versagt auf ganzer Linie. Insbesondere im Bereich Bauen und Wohnen ist der Spielraum nach oben sehr groß. Hundert Meter lange Schlangen und die Angst vor weiteren Mieterhöhungen gehören heutzutage leider zum Alltag. Mieter trauen sich nicht mehr umzuziehen - wie denn auch ohne freie, alternative Wohnung.

Die CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus hat das von Hauptautor Dirk Stettner konzipierte Positionspaper "Faires Wohnen für alle" verabschiedet. Darin enthalten sind konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der Situation der Mieter in Berlin. Dazu zählen beispielsweise die Einführung eines Mietenkatasters, die Abschaffung der Modernisierungsumlage in ihrer bisherigen Form, das Ende der Indexmieten (an Inflation gekoppelte Mieten), die Einführung eines neuen Wohnberechtigungsscheins für die Mittelschicht sowie in gesetzlich geschaffenes Tauschrecht für Mieter.

Das vollständige Papier finden Sie unter <https://www.dirk-stettner.de/news/lokal/97/Mieterschutz-im-Fokus-der-CDU-Berlin.html>

WEISSENSEE, BLANKENBURG, STADTRANDSIEDLUNG MALCHOW

Zeitschrift des Abgeordneten Dirk Stettner

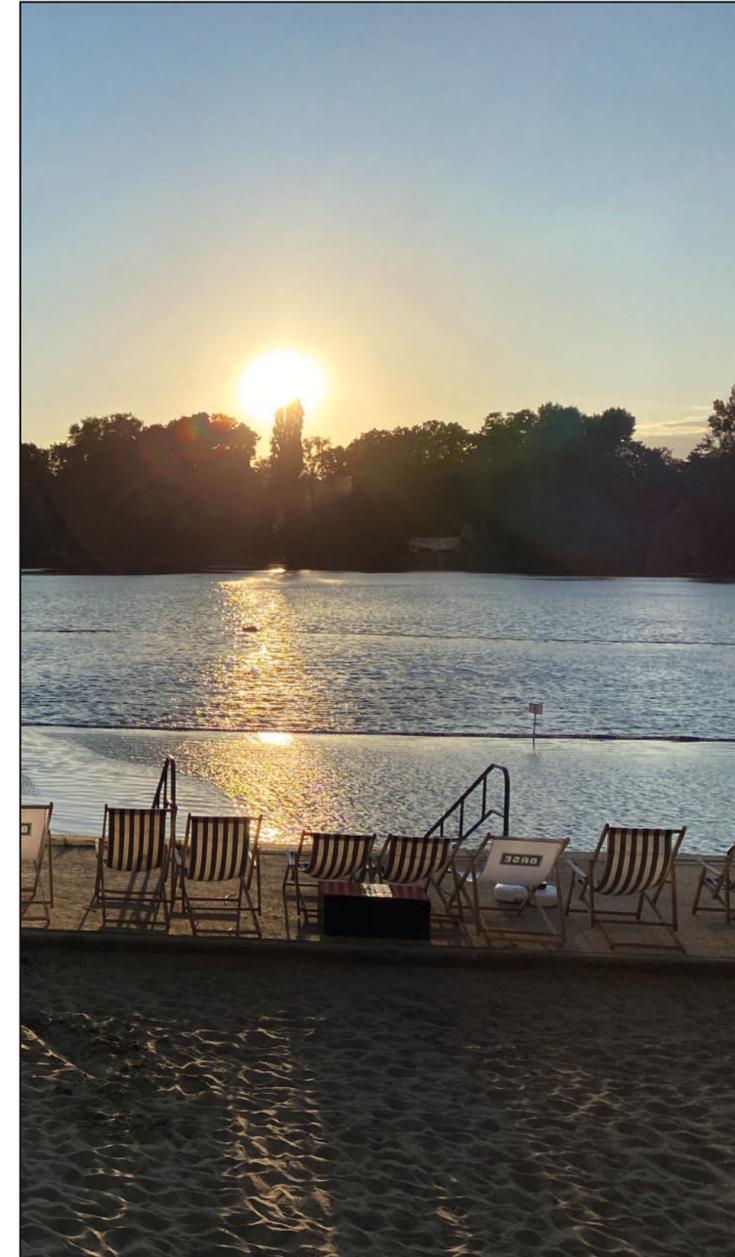


Foto: CDU Weißensee

Kiezbuss Blankenburg

Was wir bereits zusammen erreicht haben - und was noch geschehen muss.

Hansamarkt

Fliegende Händler gegen das Ordnungsamt. Was ist da los?

Grundsteuer

Fristverlängerung - doch was heißt das konkret?

Podiumsdiskussion

Dem Senat fehlt nach wie vor ein Verkehrskonzept für Blankenburg.

Faires Wohnen für alle

Neues Positionspaper der CDU-Fraktion Berlin will für Entspannung auf dem Markt sorgen.

Versprochen und gehalten!

Unser Park wird immer beliebter. Das führt dazu, dass wir dafür Sorge tragen müssen, ihn und den See zu schützen, damit noch möglichst viele ihn möglichst lange nutzen können. Dieses Problem der Übernutzung haben wir bereits vor einiger Zeit erkannt. Wir haben uns schon lange dafür eingesetzt, dass im Park Regeln bekannt gemacht und vor allem auch durchgesetzt werden. Wir müssen uns auch nachts im Park wieder sicher fühlen dürfen. Das Strandbad muss genug Platz für alle haben und Müll gehört in die zuständigen Behälter.

Zusammen mit unserer Ordnungsstadträtin Manuela Anders-Granitzki haben wir bereits viel erreichen können. Die Schaffung einer weiteren Badestelle ist in Planung, das Ordnungsamt patrouilliert regelmäßig mit der Polizei und zahlreiche Schilder weisen Besucher auf die (schon lange geltenden) Regeln im Park hin. Auch konnten wir fast zwei Millionen Euro aus dem Bundesprogramm "Klimaanpassung unserer Städte" für die Sanierung unseres Parks und Sees gewinnen können. Das alles ist der richtige Weg hin zu einer nachhaltigen Entwicklung im Park.

Zusätzlich möchten wir als CDU Weißensee eine Vergrößerung des Strandbads Weißensee und Renaturierung der stark beschädigten Uferstreifen.

Auch im Dunkeln gut sichtbar sind sie, die noch recht neuen Schilder mit den Regeln der Nutzung des Parks am Weißen See:



Plakat mit Parkregeln (Foto: CDU Weißensee)

Fliegende Händler auf dem Hansamarkt

In der letzten Zeit hat es sich gehäuft. Immer mehr und mehr fliegende Händler besetzen Teile des allwöchentlichen Hansamarktes und bieten illegalerweise ihre Waren den Leuten an. Dass es dabei nicht immer mit rechten Dingen zugeht, versteht sich von selbst. Diesen Eindruck bestätigte Bezirksstadträtin für öffentliche Ordnung, Manuela Anders-Granitzki (CDU) zuletzt. Bei Kontrollen des Ordnungsamtes mit der Polizei seien zahlreiche Verstöße festgestellt worden und die Händler hätten den Bereich fluchtartig verlassen. Der Betreiber des Hansamarktes zeigte sich dankbar, so musste er in der Vergangenheit die Hinterlassenschaften der fliegenden Händler auf eigene Kosten entsorgen.



Fliegende Händler (Foto: Bernd Schray / Pixabay)



Foto: CDU Weißensee

Zum Blankenburger Süden

Die Albert-Schweitzer-Stiftung lud ein zur Podiumsdiskussion über die Rahmenplanung Blankenburg und den Blankenburger Süden.

Neben dem Staatssekretär für Bauen und Wohnen Christian Gäbler, der Staatssekretärin für Verkehr Dr. Meike Niedbal waren auch Rona Tietje (Bezirksstadträtin für Stadtentwicklung), Dennis Buchner (Parlamentspräsident), Daniela Billig (Abgeordnete der Grünen), Dirk Stettner (Abgeordneter der CDU für Blankenburg) und Martin Runge (Bürgerverein Stadtentwicklung Berlin-Blankenburg e.V.) auf das Podium geladen.

Trotz dieser prominenten Besetzung gab es leider wenig neue Erkenntnisse über die Rahmenplanung Blankenburg. Wichtigstes Thema neben der Anzahl der geplanten neuen Wohnungen, war das fehlende Verkehrskonzept des Senats und die bereits bestehenden, gravierenden Probleme im alltäglichen Verkehr.

DIRK STETTNER

Abgeordneter für Weißensee, Stadtrandsiedlung Malchow, Blankenburg

Pistoriusplatz 21
13086 Berlin



030/220444490



info@dirk-stettner.de



/CDUWeissensee
/StettnerDirk



@StettnerDirk



@DirkStettner

Schön, von Ihnen zu hören!

Hallo, meine Name ist Dirk Stettner und ich bin Ihr Abgeordneter im Berliner Abgeordnetenhaus für Weißensee, die Stadtrandsiedlung Malchow und Blankenburg. Seit 2011 setze ich mich für Ihre Interessen ein.

Ich würde mich freuen, von Ihnen zu hören. Kommen Sie doch vorbei in mein Bürgerbüro oder melden Sie sich gerne per Mail. Die Kontaktdaten finden Sie weiter oben..

PS.: Mein Bürgerbüro eröffnet wieder nach langer Zwangspause. Durch einen massiven Wasserschaden waren meine Mitarbeiter und ich gezwungen ins Homeoffice umzuziehen. Nun sind die Renovierungsarbeiten endlich abgeschlossen und wir wieder vor Ort anzutreffen.

Sie haben Fragen, Kommentare oder Probleme im Bezirk? Kommen Sie gerne vorbei.



Foto: Tobias Koch